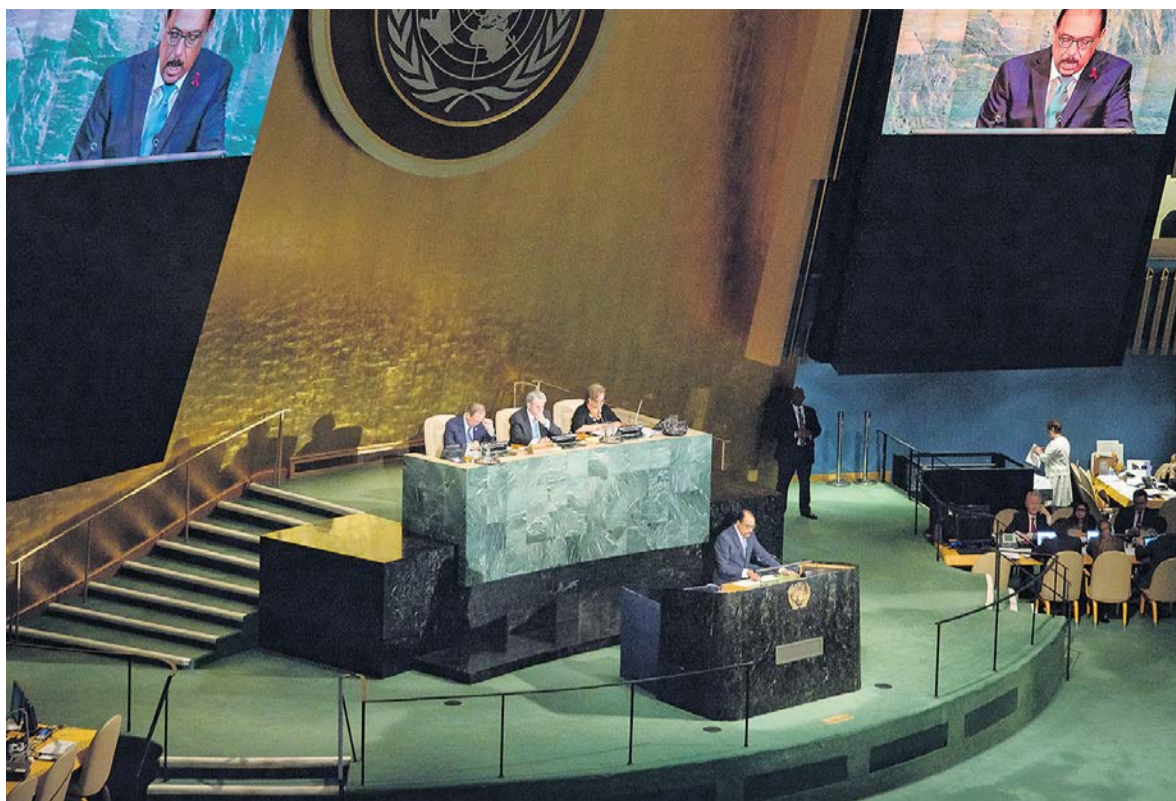


ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Gender, Bullshit, Dinosaurier

Trotz des Anspruchs, in der Welt für Gendergerechtigkeit zu sorgen, kommen im humanitären Sektor immer mehr Fälle von sexueller Ausbeutung zum Vorschein. Es bildet sich Widerstand. Aber reicht das?

VON MARKUS SPÖRNDLI



Überall Täter, überall Menschen, die die Übergriffe geduldet haben: Uno-Generalversammlung mit Unids-Chef Michel Sidibé am Rednerpult. FOTO: ALBIN LOHR-JONES, PACIFIC PRESS / LIGHTROCKET VIA GETTY

Ohne den Genderbegriff geht nichts mehr in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Ermächtigung von Frauen ist ein Ziel von so ziemlich jedem Hilfsprojekt – neben dem Schutz von Kindern, Behinderten, LGBTI und anderen «gefährdeten Bevölkerungsgruppen».

Und dann die News: Im April wird in Nepal Peter Dalglisch verhaftet. Der Sechzigjährige, der lange hohe Uno-Funktionen innehatte, wird beschuldigt, Kinder vergewaltigt zu haben. Offenbar missbrauchte der Kanadier, der in seinem Heimatland ein hochdekoriertes Promi ist, jahrzehntelang seine humanitären Jobs zum Ausleben pädophiler Neigungen.

Allein aus Nepal könnte man noch ein paar ähnliche News aufzählen. Bekannt ist der «Oxfam-Skandal» (siehe WOZ Nr. 8/18): Ein geleakter interner Bericht zeigte im Februar auf, dass verschiedene Mitarbeiter des grossen britischen Hilfswerks in Haiti Hilfsbedürftige – mutmasslich auch Minderjährige – als Prostituierte ausnutzen und dass die Oxfam-Leitung einigen der Täter einen unauffälligen Abgang gewährte, noch bevor die interne Untersuchung abgeschlossen war.

Das #MeToo-Momentum

«Oxfam ist wahrscheinlich die am wenigsten schlimme aller humanitären Organisationen», sagt die Aktivistin Lori Handrahan. «Es gibt viele weitere Täter, meist weisse Männer, die strafrechtlich verfolgt werden müssen, und viele Whistleblower, meist Frauen, die Schutz benötigen.» Seit Jahren übt Handrahan (wie auch Gry Tina Tinde, vgl. Interview nebenan) vehemente Kritik an den Führungen internationaler Organisationen: Sie würden sexueller Gewalt nicht entgegentreten; sie würden die Täter statt die Opfer schützen.

Handrahan arbeitete zwei Jahrzehnte lang für Uno-Organisationen und internationale NGOs in Zentralasien, auf dem Balkan und in Afrika. Meist war sie Genderbeauftragte, und wieder stellte sie fest, dass sie nur zur Schönfärberei angestellt war. «Organisationen verstreuen das Wort «Gender» in allen Dokumenten, um die Geldgeber zufriedenzustellen», sagt die 48-Jährige, die in Washington D.C. lebt. «Für ein angekündigtes «Gender-Training» stehen dann aber weder ein Budget noch Mitarbeitende zur Verfügung.»

Im Zuge der #MeToo-Bewegung lancierte Handrahan zusammen mit anderen feministischen Kräften der humanitären Szene #AidToo. Als ein Resultat dieser Bewegung werden vermehrt vertrauliche Dokumente geleakt, die beweisen, dass sexuelle Gewalt und Diskriminierung in internationalen Organisationen gerade auch gegenüber den eigenen Mitarbeitenden grassieren.

So hagelt es in diesen Tagen Rücktrittsfordernungen an den Unids-Chef Michel Sidibé, weil er

die mutmasslich systematischen sexuellen Übergriffe seines Stellvertreters auf Mitarbeiterinnen geduldet hatte. Die südafrikanische Autorin Sisonke Msimang, die früher für diese Uno-Organisation arbeitete, schreibt auf dem Nachrichtenportal «Al-Jazeera», dass der Unids-Chef heute wie ein «Dinosaurier» dastehe: «Vor einigen Jahren hätte Sidibés Verhalten wohl nicht zu einem solchen Aufschrei geführt. Schliesslich kommen Männer im Uno-System schon lange dank Schikanen und Mobbing weiter. Aber die Welt ist in sehr kurzer Zeit eine andere geworden. Die Dynamik, die vom Widerspruch der Frauen in all den Institutionen ausgeht, hat das Spiel verändert.»

Lori Handrahan sieht hingegen kaum Fortschritte: «Die grossen Geldgeber verlangen nun zur Beruhigung einfach wieder mal einen Bericht. Finanziellen Druck, damit sich wirklich etwas ändert, üben sie nicht aus.»

Dem widersprechen InsiderInnen, gemäss denen zumindest die britische Entwicklungsagentur DFID und das Europäische Amt für humanitä-

re Hilfe (Echo) auf einschneidende Massnahmen zur Verhinderung sexueller Ausbeutung pochen. Andernfalls werde nächstes Jahr ein bedeutender Teil der Gelder gestrichen.

Tut die Deza genug?

Auch die schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) hatte als eine der ersten Institutionen ihre Zahlungen an Oxfam auf Eis gelegt. Nun habe sich die Deza «mit einer systematischen Befragung zu spezifischen Massnahmen zur Prävention und zum Schutz vor sexueller Belästigung und Ausbeutung an alle institutionellen Partnerorganisationen gewandt», schreibt die Behörde auf Anfrage. Die Rückmeldungen seien «grösstenteils positiv». Die Präventionsmassnahmen müssten «sicherstellen, dass die Mitarbeitenden ausreichend informiert und sensibilisiert sind, dass Vorkommnisse gemeldet und geeignete Schritte zur Ahndung von spezifischen Fällen unternommen werden können».

Handrahan lässt sich davon nicht beeindrucken: «Das ist eine hundertprozentige Bullshitübung. Natürlich sind die Rückmeldungen positiv, NGOs wären ja blöd, schlechte Nachrichten mit ihren Geldgebern zu teilen. Was es braucht, sind handfeste Kontrollmechanismen, damit Mitarbeitende, die den humanitären Kontext für Verbrechen ausnutzen, nicht geschützt, sondern dem Rechtssystem zugeführt werden.»

Doch es gibt keine sofort anwendbare Massnahme, die das Machtgefälle verringern könnte, das in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe grundsätzlich besteht und sexuelle Gewalt begünstigt: oben die internationalen Organisationen und gut bezahlten Expats, unten die HilfsempfängerInnen und lokalen MitarbeiterInnen. Lori Handrahan zählt auf demografische Veränderungen in den Geberländern wie den USA, die bald nicht mehr mehrheitlich «weiss» sein werden. Und auf zunehmende Süd-Süd-Kooperation durch neue Geberländer wie China oder Nigeria und lokale Initiativen.

DISKRIMINIERUNG IN HILFSWERKEN

«Glauben Sie mir?»

Die Genderbeauftragte Gry Tina Tinde sagt, dass man weniger über Missstände in anderen Ländern predigen, dafür zunächst die Probleme innerhalb der Uno-Organisationen und NGOs angehen sollte.

INTERVIEW: MARKUS SPÖRNDLI

WOZ: Gry Tina Tinde, soeben haben Sie an einer Branchenkonferenz eine erschütternde Geschichte erzählt, wie Sie bereits als Uno-Freiwillige von Ihrem Chef sexuell belästigt worden waren ...

Gry Tina Tinde: Glauben Sie mir?

Ja.

Ich bin sicher: Hätte ich die Geschichte vor ein paar Jahren an einer solchen Konferenz erzählt, wäre ich als hysterisch und dumm angesehen worden; wenige hätten mir geglaubt.

Und das hat sich wegen des Oxfam-Skandals und der #MeToo-Bewegung geändert?

Ja, vor allem wegen der #MeToo-Bewegung, die zwar schon vor zehn Jahren begann, aber in den vergangenen Monaten richtig Fahrt aufgenommen hat. Nun wissen einfach alle, dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz real und systematisch ist.

Auch in humanitären Organisationen, die Gewalt bekämpfen wollen. Sind diese also letztlich Teil des Problems statt der Lösung?

Sie sind beides. Organisationen wie das Rote Kreuz, Unicef und andere Uno-Organisationen haben wichtige Programme, um Menschen und insbesondere Frauen in Katastrophensituationen zu helfen. Aber solche Programme wären wirksamer, wenn wir bei uns selbst anfangen würden. Wir können Probleme anderer nicht lösen, wenn wir die Lösung nicht selbst für uns intern gefunden haben. Überall in den Uno-Organisationen oder den internationalen NGOs gibt es sehr viel Diskriminierung von Frauen und anderen unterrepräsentierten Gruppen wie Behinderten, Homosexuellen oder ethnischen Minderheiten.

Ist das belegt?

Natürlich, das beste Beispiel ist ein Weltbankbericht, der auf Daten sämtlicher Mitarbeitenden der Entwicklungsbank beruht. Dabei kam heraus, dass Frauen aus Entwicklungsländern klar diskriminiert wurden, was ihre Karrierechancen und ihre Lohnentwicklung anbetrifft. Weisse Männer aus Nordamerika und Europa waren die Gewinner, selbst wenn sie schlechter qualifiziert waren. Die Weltbank hat das bei sich genau angeschaut, aber in anderen Organisationen ist es natürlich genau gleich. Das Topmanagement schaut normalerweise weg.

Jetzt, nach dem Oxfam-Skandal, scheinen sich plötzlich alle damit zu beschäftigen.

Ja, nun haben wir – die Organisationen, vor allem aber die Genderbeauftragten – sehr viel mehr Druck, etwas zu verbessern. Aber wir bekommen dafür nicht einmal mehr Ressourcen ...

Sie bräuchten also mehr Budget, Personal und Macht. Was sonst?

Grosse Organisationen brauchen unabhängige Rechtsinstrumente, eine Art Tribunal, das Klagen über Machtmissbrauch, sexuelle Übergriffe und Ausbeutung entgegennimmt. Ohne solche Instanzen werden wir die Probleme nicht lösen können.

Und langfristig gesehen: Was ist denn Ihre Vision einer gendergerechten Entwicklungszusammenarbeit?

Regierungen und Parlamente müssen sich viel stärker einschalten. Demokratische Institutionen bei uns wie auch im Globalen Süden müssen mehr Verantwortung übernehmen.

An vielen Orten gibt es demokratische Defizite oder einen politischen Backlash ...

Fast überall auf der Welt besteht in Parlamenten ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis als in anderen Institutionen. Das führt zu besseren Gesetzen, zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Das mag in Norwegen oder Schweden offensichtlich sein, aber anderswo?

Nehmen Sie etwa Ruanda oder Uganda, die schon vor Jahren gendergerechte Gesetze eingeführt haben. Und global führende Feministinnen kommen zunehmend aus afrikanischen Ländern, etwa die nigerianische Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie. Wir im Norden müssen viel stärker bereit sein, uns zurückzunehmen – wir sollten weniger über Missstände in anderen Ländern predigen, sondern zuerst einmal bei uns selbst anfangen.

Gry Tina Tinde (54) ist Gender- und Diversity-Koordinatorin bei der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften in Genf. Davor war die Norwegerin in verschiedenen Funktionen bei der Uno und der Interamerikanischen Entwicklungsbank tätig. – Sie referierte Anfang Mai an einer Konferenz von Medicus Mundi Schweiz, einem Netzwerk von in der internationalen Gesundheitszusammenarbeit tätigen Organisationen.

ENTWICKLUNG, ABER RICHTIG



Wie sich Gesellschaften zu entwickeln haben und wie sie dabei unterstützt werden sollen, orientiert sich noch immer hauptsächlich an einem westlichen, kapitalistischen Modell. Dass dieses nicht unbedingt zukunftsträchtig ist, hat sich längst gezeigt. Doch was sind die Alternativen? Dieser Frage geht eine WOZ-Serie nach.

Sie finden diesen und die folgenden Beiträge im Dossier www.woz.ch/d/entwicklung-aber-richtig.